Globethics Repository



Frieden retten! Friedensgutachten 2025

This page was generated automatically upon download from the Globethics Repository. More information on Globethics see https://www.globethics.net. Data and content policy of Globethics Repository see https://repository.globethics.net/pages/policy.

Item Type	Book
DOI	10.14361/9783839423851
Publisher	transcript Verlag
Rights	© bicc Bonn International Centre for Conflict Studies / IFSH Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg / INEF Institut für Entwicklung und Frieden / PRIF Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung (Hg.);Attribution-NonCommercial-NoDerivatives 4.0 International
Download date	2026-11-10 17:20:57
Item License	http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/
Link to Item	http://hdl.handle.net/20.500.12424/4321246



2025 / Vorsicht ansteckend! Die Zerstörung politischer Ordnung unter US-Präsident Trump

/ **FOKUS**

F.1 ↘ Mechanismen der Machtübernahme

↓ EMPFEHLUNGEN

1 **Liberale Institutionen fördern** Angesichts der Gefahr „autoritärer Ansteckung“ sind liberale Institutionen wie eine freie Presse, der öffentlich-rechtliche Rundfunk, die Freiheit der Wissenschaft und eine lebendige demokratische Zivilgesellschaft wichtiger denn je. Sie müssen unbedingt und vorbehaltlos gefördert werden.

2 **Gegenentwürfe zum radikalisierten Konservatismus stärken** Ideologien des radikalisierten Konservatismus gefährden die Demokratie. Liberale Gegenmodelle müssen in der Lage sein, Komplexität zu reduzieren und auch emotionale Identifikationsangebote zu machen, um die Organisationsfähigkeit der Gesellschaft zu stärken.

3 **Zusammenarbeit zum Erhalt der regelbasierten Ordnung stärken** Gegen den institutionellen Kahlschlag des Trump-Regimes müssen Deutschland und Europa die internationale Kooperation mit allen Staaten intensivieren, die am Erhalt einer regelbasierten internationalen Ordnung interessiert sind.

4 **Übergang von der NATO zu einem europäischen Sicherheitssystem gestalten** Angesichts der Infragestellung der NATO-Beistandsgarantie durch die USA sollten die europäischen Partner eine eigenständige europäische Verteidigungsfähigkeit entwickeln. Das impliziert, eigene Strategien gegenüber Russland, China und Partnerstaaten im Globalen Süden zu entwerfen.

5 **Angekündigten Normbrüchen frühzeitig entgegentreten** Deutschland und die Partner in EU und NATO sollten deutlicher als bislang den politischen und militärischen Drohungen der USA gegen Partnerstaaten wie Kanada und Dänemark entgegentreten.

6 **Prioritäten im Rahmen des VN-Systems definieren** Deutschland und die EU werden die finanziellen Einbußen für das VN-System, die durch den Rückzug der USA entstehen, nicht völlig kompensieren können. Deshalb müssen sie mit Partnern aus dem Globalen Süden Kernaufgaben definieren und ihre Finanzierung sicherstellen.

7 **Digitale Souveränität stärken** Das Trump-Regime fördert Desinformation und Verschwörungstheorien auch in Deutschland und Europa. Um sich von amerikanischen (und chinesischen) Informationsplattformen unabhängiger zu machen, muss die digitale Souveränität gestärkt werden.

FOKUS /

Vorsicht ansteckend! Die Zerstörung politischer Ordnung unter US-Präsident Trump /

Die zweite Amtszeit von US-Präsident Donald Trump hat schon nach wenigen Monaten das politische System der USA und die internationalen Beziehungen tiefgreifend verändert. Angesichts der Schnelligkeit und der Reichweite dieser Veränderungen ist von einer autoritären Machtübernahme gesprochen worden. Die Mechanismen, die dabei eingesetzt werden, können auch in Europa die Demokratie gefährden. Deutschland und Europa müssen sich gegen die Gefahr einer „autoritären Ansteckung“ wehren und ihre Interessen an einer regelbasierten internationalen Ordnung wahren.

F.1 ↙ Mechanismen der Machtübernahme

Noch fehlen die Begriffe, mit denen man den Regimewechsel in den USA angemessen beschreiben könnte. Manche sprechen von „Cäsarismus“ (→ Heino 2020), insofern sich Donald Trump eher als göttlich legitimierter Herrscher denn als demokratisch gewählter Präsident geriert und schon jetzt eine dritte Amtszeit in den Blick nimmt, die die Verfassung eigentlich ausschließt. Andere sprechen von „autoritärem Populismus“ (→ Norris/Inglehart 2019), der das Vertrauen in die liberale Demokratie zerstört und eine illiberale Alternative bietet. Auch von „Patrimonialismus“ ist die Rede, insofern der Staat als persönlicher Besitz des Präsidenten und seiner Entourage angesehen und gnadenlos ausgebeutet wird (→ Hanson/Kopstein 2024). Schließlich wird von „kompetitivem Autoritarismus“ gesprochen (→ Levitsky/Way 2001; 2025), bei dem demokratische Institutionen nicht abgeschafft, sondern so manipuliert werden, dass sie autoritärer Herrschaft dienen. Doch erfassen all diese Begriffe nur Teilaspekte eines Phänomens, das selbst mit dem Neuwort „Trumpismus“, das Populismus, Nationalismus, Autoritarismus und Protektionismus vereint, nur unzureichend beschrieben ist.

Trump betreibt den radikalen Umbau des Staates und der internationalen Beziehungen

Klar ist, dass Trump mit seiner Make America Great Again-Bewegung (MAGA) in atemberaubender Geschwindigkeit und beispielloser Radikalität den Umbau des Staates und der internationalen Beziehungen betreibt und dabei innenpolitisch wie international nur auf wenig Widerstand stößt. Weniger klar ist, ob dahinter eine Strategie und ein Masterplan stehen, oder eher das Ressentiment gegen liberale Institutionen und inter-

nationale Regelwerke überwiegt, das die Zerstörung der politischen Ordnung antreibt. Die erzkonservative Heritage Foundation hatte mit ihrer als „Projekt 2025“ bezeichneten Studie „Mandate for Leadership: The Conservative Promise“ einen 900 Seiten starken Plan für einen radikalen Konservatismus vorgelegt, der bisher in Ansätzen umgesetzt, über den zum Teil aber sogar hinausgegangen worden ist.

Trotzdem zeichnen sich tiefgreifende Auswirkungen nicht nur auf die USA und die internationalen Beziehungen, sondern auch auf politische Systeme anderer Länder ab. Insbesondere liberale Demokratien scheinen anfällig zu sein, von den Entwicklungen in den USA „angesteckt“ und in ihrer demokratischen Widerstandsfähigkeit beeinträchtigt zu werden. Denn in einer zunehmend vernetzten Welt, in der wirtschaftliche, kulturelle und politische Interessen eng miteinander verbunden sind, können Entscheidungen und Entwicklungen in einem Land – zumal in einem so mächtigen wie den USA – erhebliche Auswirkungen auf andere Länder haben, insbesondere wenn sie in Echtzeit kommuniziert werden.

Eine transnationale „Ansteckung“ kann über zwei Wege erfolgen: die gezielte Einflussnahme oder die indirekte Beeinflussung durch Nachahmungseffekte. Eine gezielte Einflussnahme liegt dann vor, wenn der Präsident oder Mitglieder der Regierung direkt in die Innen- oder Außenpolitik eines Landes im Sinne amerikanischer Interessen eingreifen. Beispiel dafür ist die Zollpolitik Trumps, die durch wirtschaftlichen Druck andere Länder zu Zugeständnissen zwingen soll. Zwar hat es auch früher traditionelle Machtpolitik gegeben, aber die Massivität und Offenheit des politischen Zwangs nicht zuletzt gegenüber verbündeten Staaten haben unter Trump eine neue Qualität angenommen. Auch die direkte Einmischung in die Innenpolitik, etwa durch die Unterstützung der AfD durch Vizepräsident JD Vance und Elon Musk im Bundestagswahlkampf, ist ein Novum.

Von Trumps Machtübernahme geht „Ansteckungsgefahr“ auch für Europa aus

Von indirekter Beeinflussung kann man dort sprechen, wo politische Bewegungen aus den USA in anderen Ländern kopiert, Argumente übernommen und Verbindungen geknüpft werden mit dem Ziel, die radikal konservative MAGA-Programmatik zu übernehmen oder sich von ihr inspirieren zu lassen. Verschwörungstheorien und antiliberale Narrative finden vor allem dort Zuspruch, wo bereits der Nährboden durch rechtspopulistische Strömungen und Parteien bereitet worden ist. Aber auch in weniger radikalen Milieus finden Ressentiments gegen liberale Institutionen häufig Anklang.

Wir beschreiben im Folgenden sechs Mechanismen der Machtübernahme, die das Trump-Regime anwendet, um die liberale politische Ordnung national und international zu zerstören. Wir weisen auf Ansteckungseffekte hin und zeigen mögliche Gegenstrategien auf, damit der Trumpismus nicht zu einer Epidemie wird.

UMWERTUNG DER WERTE

Ein zentraler Mechanismus der Machtübernahme durch Trump und die MAGA-Bewegung ist die Umwertung von Werten. Gemeint ist damit, dass zentrale politische Ideen wie Demokratie, Freiheit, Rechtstaatlichkeit und Menschenrechte, für die die USA jahrzehntelang standen und kämpften, nicht nur rhetorisch umgedeutet, sondern häufig in ihr Gegenteil verkehrt werden. Das liberale Verständnis wird dabei in ein autoritäres, populistisches und nationalistisches Verständnis uminterpretiert. Am Ende gilt die Abschaffung demokratischer Institutionen als demokratische Errungenschaft, der gewählte Präsident (Selenskyj) als Diktator und ein völkerrechtswidrig überfallenes Land (die Ukraine) als Angreifer.

Der radikalisierte Konservatismus verkehrt liberale Werte in ihr Gegenteil

Dabei setzt das Trump-Regime an traditionellen konservativen Interpretationen an, spitzt sie aber im Sinne eines radikalen beziehungsweise radikalisierten Konservatismus (→ Abrahamsen et al. 2024, Strobl 2021) so zu, dass sie zum Gegenteil liberaler Verständnisse werden. So spielte schon früher Nationalismus, etwa unter den Präsidenten Ronald Reagan und George W. Bush, eine wichtige Rolle in der amerikanischen Politik. Aber er wurde immer als die Stärke der Nation im Rahmen demokratischer Institutionen verstanden. Der radikalisierte Nationalismus der MAGA-Bewegung ist aber weniger eine Staatsdoktrin, sondern ein persönliches Führungsprinzip, da Präsident Trump selbst als alleiniger Vertreter des Volkswillens stilisiert wird. Der Staat und seine Institutionen werden als deep state (tiefer Staat) und Feinde des Volkes dargestellt, gegen die der Volkswillen verteidigt werden müsse.

Auf ähnliche Weise wird der Begriff Demokratie umgedeutet. Während im liberalen Verständnis Demokratie die Herrschaft des Volkes im Rahmen rechtstaatlicher Institutionen und der klassischen Gewaltenteilung (checks and balances) ist, versteht das Trump-Regime Demokratie als Volksherrschaft im Sinne eines populistischen Autoritarismus. Dieser erkennt demokratische Institutionen nur an, wenn sie die Einheit der Exekutive (im Sinne der unitary executive theory), das heißt die Macht des Präsidenten stärken (→ Sunsteine 2025). Sinnbild dieser Haltung ist das Napoleon-Zitat „Wer sein Land rettet, verletzt kein Gesetz“, mit dem sich Trump faktisch über Recht und Gesetz erhob und quasi einen permanenten Ausnahmezustand erklärte.

Mit dem Trump-Regime setzt sich auch ein alternatives Verständnis von Freiheit durch. Das klassische Verständnis strebt eine Balance zwischen individuellen Rechten und gesellschaftlicher Verantwortung an; das neue Verständnis setzt ganz auf uneingeschränkte individuelle Unabhängigkeit auch auf Kosten anderer. Schon in der Corona-Pandemie hatte Trump Maskenpflicht und Impfungen als Angriffe auf die Freiheit, nicht aber als Schutz der öffentlichen Gesundheit verstanden. Gleichzeitig allerdings propagiert das Trump-Regime einen starken Staat überall dort, wo es den eigenen Interessen dient, etwa bei der Unterdrückung von öffentlichen Protesten, der Migrationspolitik oder der juristischen Verfolgung politischer Gegner. So stellt sich das Freiheitsverständnis unter Trump eher als selektives Privileg denn als universelles Recht dar.

Das hat Auswirkungen auf die Politik. Minderheiten sollen nicht mehr geschützt werden, sondern werden zur Gefahr erklärt. Trumps aggressive „Anti-woke-Agenda" zielt auf die Durchsetzung eines biologistisch verstandenen binären und heteronormativen Geschlechterverständnisses und beschneidet die Rechte von Frauen und LGBTQIA+ Personen sowie von Schwarzen, Indigenen und people of color (BIPOC) (→ Dietze/ Roth 2020). Wie im Project 2025 gefordert, beendete eines der ersten Dekrete sämtliche Programme zur Förderung von Vielfalt, Chancengleichheit und Inklusion (Diversity, Equity, Inclusion – DEI), die nun als „Diskriminierung" gebrandmarkt werden. Unter dem Vorwand, Frauen vor dem „Extremismus der Gender-Ideologie" beschützen zu wollen, beschneidet ein weiteres Dekret die Rechte von trans-, intergeschlechtlichen und nichtbinären Personen und ihren Zugang zu medizinischer Versorgung (→ White House 2025). Der Antifeminismus, der diesem Rückschlag gegen die Gleichstellung und Rechte von Frauen sowie sexuellen und geschlechtlichen Minderheiten zugrunde liegt, verbindet die Trump-Regierung mit anderen rechtspopulistischen und autokratischen Regierungen, etwa in Russland oder Ungarn, sowie rechten Parteien (→ Sanders/ Jenkins 2023).

Die Trump-Regierung verfolgt eine aggressive „Anti-woke-Agenda"

Damit haben auch Mitgefühl und Empathie, also das, was der ehemalige Präsident George W. Bush „compassionate conservatism" nannte, ein Ende. In ihrer Predigt zur Amtseinführung bat Bischöfin Mariann Edgar Budde Präsident Trump, „Gnade" und „Mitgefühl" gegenüber Flüchtlingen und Migrant:innen zu zeigen. Trump beleidigte sie daraufhin in den sozialen Medien als „radical left hard line Trump hater". Der republikanische Abgeordnete Mike Collins forderte, die Bischöfin gleich mit auf die Deportationsliste zu setzen.

Außenpolitisch spiegelt sich die Abkehr vom Mitgefühl in der Abwicklung der US-Entwicklungsagentur USAID (United States Agency for International Development) und im Einfrieren von Auslandshilfe wider. Diese Maßnahmen betreffen nicht zuletzt den Bereich der humanitären Hilfe, der bislang für die USA eine hohe Bedeutung hatte und in dem sie nach Übersichten der Vereinten Nationen deutlich über 40 % der weltweiten Geberleistung erbrachten (→ UN News 2025). Nun wird der traditionelle Humanitarismus durch eine geopolitische Kosten-Nutzen-Kalkulation ersetzt, die von einem engen Begriff nationaler Sicherheit bestimmt wird.

Wertvorstellungen des radikalen Konservatismus sind nicht auf die USA beschränkt (→ Abrahamsen et al. 2024). Seit den 2010er Jahren haben sie in zahlreichen Weltregionen Konjunktur, wie die Beispiele Brasilien (Bolsonaro), Indien (Modi) oder Ungarn (Orbán) zeigen. Der Wertewandel in den USA bekräftigt und befeuert diese Entwicklung und beeinflusst auch in Deutschland die Diskussion. Es muss ernst genommen werden, dass derartige Ideologien einer durch Globalisierung und Abstiegsängste verunsicherten Gesellschaft Halt geben können. Liberale Gegenmodelle müssen bei aller Reflektiertheit in der Lage sein, Komplexität zu reduzieren und auch emotionale Identifikationsangebote zu machen. Ohne populistisch zu werden, müssen Ideen und Werte der Aufklärung für Menschen in ihrem Alltag als positive Orientierung erfahrbar werden.

SCHOCK UND EINSCHÜCHTERUNG

Ein zweiter Mechanismus der Machtübernahme ist die Überrumpelung politischer Gegner durch Schock und Einschüchterung (shock and awe). Ursprünglich stammt das Konzept aus der Militärstrategie und beschreibt eine Taktik, bei der überwältigende Angriffe den Gegner lähmen und zur Kapitulation zwingen. Donald Trump wendet diese Strategie in der Politik an, um seine Gegner zu verunsichern, zu Zugeständnissen zu zwingen und einseitig günstige Deals zu schließen.

In den ersten Wochen seiner zweiten Amtszeit hat Donald Trump mit einer ganzen Reihe von Dekreten (executive orders) radikale Politikänderungen durchgesetzt, ohne den üblichen demokratischen Gesetzgebungsprozess zu beschreiten. Damit erzeugte er einen permanenten Krisenmodus, in dem sich seine politischen Gegner, die Medien und die Öffentlichkeit ständig auf neue extreme Maßnahmen einstellen mussten und keine Zeit fanden, den Überblick zu behalten und effektiv gegen einzelne Vorhaben vorzugehen. Das Regime entließ massenhaft Mitarbeiter:innen in staatlichen Behörden, setzte leitende Beamte frei und stellte staatliche Zahlungen ein. Dabei nahm die Regierung in Kauf, dass Gerichtsverfahren diese Vorhaben aufhielten. Aber die Regierung bestritt nicht nur die Rechtmäßigkeit dieser Verfahren, sie nutzte sie auch, um staatliche Gerichte, beziehungsweise einzelne Staatsanwält:innen und Richter:innen, als politische Feinde zu denunzieren und das Rechtssystem zu politisieren.

Auch in der Außenpolitik folgen Schock und Einschüchterung einem Muster. Sie sollen dazu dienen, internationale Konfliktlagen und Probleme bilateral und außerhalb bestehender Regelwerke zu bearbeiten. So will die Regierung Ergebnisse – Deals – erzielen, die nicht mehr an irgendwelchen vorausgegangenen Bindungen orientiert sind. Auf den ersten Blick scheint dies eine clevere Strategie zu sein, um Bewegung in verkrustete Konflikte und festgefahrene Verhandlungsprozesse zu bringen. Allerdings sind die Effekte insgesamt eher negativ. Sie mögen kurzfristig Bewegung erzeugen, aber mittel- und langfristig führen sie nicht zu nachhaltigen Lösungen, sondern verursachen auch für die USA Kosten, weil sie die Regeln und Institutionen der internationalen Ordnung schwächen.

Mit Schock und Einschüchterungen sollen Konflikte außerhalb bestehender Regelwerke gelöst werden – doch das schwächt die internationale Ordnung

Trumps Deals aus der ersten Amtszeit im Bereich des Handels sind fast alle zu seinem Nachteil ausgegangen: Die Kündigung des Transpazifischen Partnerschaftsabkommens (TPP) hat vor allem China genützt, das seine Rolle in TPP (heute CPTPP) und mit dem neuen Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP, ebenfalls ohne die USA) massiv ausbauen konnte (→ Erb/Sommers 2020). Trumps Plan, das aufgekündigte Abkommen mit den zwölf Pazifikanrainerstaaten durch bilaterale Abkommen zu kompensieren, ist dagegen nicht verwirklicht worden. Nur zwei Abkommen mit Japan und Südkorea sind zustande gekommen. Auch die Drohung, das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (North Atlantic Free Trade Agreement, NAFTA) aufzukündigen, wenn es nicht neu verhandelt würde, hat wenig eingebracht. Substanziell geändert hat sich nur der

Name des Abkommens in USMCA (Agreement between the United States of America, the United Mexican States, and Canada), aber kaum die Substanz. Profitiert haben letztlich Kanada und Mexiko, die beide spürbare wirtschaftliche Impulse durch das Abkommen erzielen konnten (→ Tandon 2024). Auch die sicherheitspolitischen Deals waren nicht erfolgreicher. Das Abkommen mit den Taliban bedingte eine Hals-über-Kopf-Evakuierung der internationalen Gemeinschaft im August 2021; die Taliban gingen aus diesem Deal als eindeutige Gewinner, die USA als Verlierer hervor (→ Dozier/Hennigan 2020). Trumps Versuch, mit Kim Jong Un einen Nuklear-Deal auszuhandeln, verschaffte Letzterem internationale Aufmerksamkeit und Legitimität, aber führte nicht zu Abrüstung.

Auch die Schocks und Einschüchterungen der zweiten Amtszeit lassen wenig Gutes erwarten. Panama mag nach Trumps Drohungen zwar aus der chinesischen Belt and Road Initiative austreten, mittelfristig wird es aber mit anderen Staaten Lateinamerikas versuchen, sich gegen die USA zu schützen, und nach alternativen Partnern suchen → **4**. Trumps angestrebter Ukraine-Deal hat bereits jetzt mehr bündnispolitisches Porzellan zerschlagen als zuvor Trumps komplette erste Amtszeit. Seine Annäherung an Putin, die Absage an die Europäer, an Verhandlungen beteiligt zu werden, und die Verunglimpfung des ukrainischen Präsidenten als Diktator haben das transatlantische Bündnis geschwächt und das Vertrauen zwischen den USA und ihren Partnern zerstört. Auch hier zeigt sich das generelle Muster: Trumps Strategie der Überrumpelung zerstört Bindungen und Vertrauen und erntet bestenfalls zähneknirschende Zugeständnisse, langfristig aber vor allem Widerstand. Das mag Trump kurzfristig nicht schrecken, langfristig wird es die Fähigkeit der USA, Politik zu gestalten und eigene Interessen durchzusetzen, empfindlich behindern. Voraussetzung freilich ist – innenpolitisch wie in der internationalen Politik – Einigkeit und unerschrockenes, gemeinsames Vorgehen.

Die Politik der „Überrumpelung“ schwächt langfristig die Gestaltungsmacht der US-amerikanischen Außenpolitik

ZERSTÖRUNG INTERNATIONALER INSTITUTIONEN

Die Außenpolitik des Trump-Regimes ist von der Annahme geprägt, dass internationale Institutionen und Regelwerke den nationalen Interessen der USA entgegenstehen. Multilaterale Institutionen sind insofern eine finanzielle Fehlinvestition und laufen den ideologischen Vorstellungen eines radikalen Konservatismus zuwider. „Eng definierte nationale Vorteile und innenpolitische Erwägungen sind für die Trump-Administration wichtiger als die Sicherung langfristiger Interessen durch multilaterale Regelwerke“ (→ Jobelius 2025). Das führt zur Infragestellung der Vereinten Nationen, der brachialen Abwicklung der Entwicklungszusammenarbeit und selbst zur Aufkündigung der kollektiven Verteidigung durch die NATO.

Die Trump-Regierung arbeitet gegen die Vereinten Nationen, wickelt die Entwicklungszusammenarbeit ab und stellt die NATO infrage

Die USA sind mit einem Anteil von über einem Viertel an den gesamten VN-Zuwendungen im Jahr 2023 der mit Abstand wichtigste Geber (→ Council on Foreign Relations 2025). Entsprechend groß ist ihr politischer Hebel. Diesen nutzt das Trump-Regime, um das System der VN zu schwächen und Reformen zu befördern, die die Autorität und Kern-

funktionen der im VN-System tätigen Institutionen beeinträchtigen. Bereits 2020 hatte Trump versucht, die US-Mitgliedschaft in der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu beenden. Doch sein Nachfolger Joe Biden widerrief die Entscheidung. In der WHO sind die USA insbesondere aufgrund ihrer freiwilligen, zweckgebundenen Zuwendungen der mit Abstand größte Geber für den WHO-Haushalt 2022–23, gefolgt von Deutschland. Der Rückzug bedeutet nicht, dass keinerlei Gelder aus den USA mehr fließen. So ist die Bill and Melinda Gates Foundation der drittgrößte Geber mit Beiträgen in ähnlicher Höhe wie Deutschland (→ World Health Organization 2025). Absehbar ist zudem, dass die BRICS+-Staaten an Einfluss gewinnen, obgleich sie für 2022–23 eine überschaubare finanzielle Rolle spielten und sich im Wesentlichen auf Pflichtbeiträge beschränkten.

Gleich am ersten Tag seiner Präsidentschaft kündigte Trump die US-Mitgliedschaft im Pariser Klimaabkommen von 2015. Bemerkenswert ist allerdings, dass die UN Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) von 1992 unangetastet blieb, in die das Pariser Klimaabkommen rechtlich eingebettet ist. Betroffen sind aber finanzielle Zuwendungen für Programme, die die Folgen des Klimawandels in besonders betroffenen Ländern abschwächen sollen. Damit lässt sich bereits heute sagen, dass das in Baku 2024 verabschiedete Ziel, bis 2035 eine globale jährliche Finanzierung von 1,3 Mrd. US-$ sicherzustellen (→ United Nations Climate Change 2024), nicht mehr erreicht werden kann.

Die USA sind nicht nur ein maßgeblicher Finanzier des VN-Systems, sondern auch der größte Geber von Entwicklungshilfe (Official Development Assistance, ODA). Obgleich der Anteil der ODA 2023 mit 0,24 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) weit unter den relativen Leistungen anderer westlicher Geber lag, betrug die ODA doch aufgrund der hohen Wirtschaftskraft 64,69 Mrd. US-$ (→ OECD 2025). Zu Beginn seiner zweiten Amtszeit veranlasste Trump eine Reihe von Dekreten, die gravierende Einschnitte in die Entwicklungshilfe bedeuteten. Neben der strikten Orientierung an US-Interessen wird dabei vom Außenministerium behauptet, es gehe darum, „Verschwendung“ und die Verbreitung von sogenannter „woker Ideologie“ zu verhindern. Institutionell ist von den Maßnahmen vor allem die 1961 unter Präsident John F. Kennedy gegründete Agentur USAID betroffen, die vom US-Kongress bewusst nicht als Bestandteil des Außenministeriums konzipiert wurde, um ihr ein flexibles, unbürokratisches Handeln zu ermöglichen (→ Berman 2025). Trump kritisierte, die US-Entwicklungsagentur würde von „a bunch of radical lunatics“ betrieben, und Elon Musk sprach davon, es sei „time for it to die“ (→ Duenas 2025). Die Abwicklung von USAID wird sich jedoch ökonomisch negativ auf Trumps Kernklientel auswirken. Denn USAID kaufte 41 % des Getreides für sein Ernährungshilfeprogramm im Wert von zwei Mrd. US-$ bei Farmern im Mittleren Westen ein (→ Charles 2025). Diese Einnahmen werden den Bauern künftig fehlen.

Die Abkehr vom Multilateralismus bezieht sich nicht nur auf Global Governance-Institutionen, sondern auch auf die kollektive Verteidigung. Donald Trump geht dabei weit über die Forderungen nach angemessener Lastenteilung (burden sharing) hinaus, die frühere US-Präsidenten regelmäßig angemahnt hatten. Im Februar 2024 koppelte er

die US-Schutzgarantie an die Bereitschaft der Mitgliedstaaten, ihre Militärausgaben zu erhöhen. Dabei wurden nicht nur die bislang vereinbarten 2 %, sondern zuletzt sogar 5 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gefordert. Zudem erhob er Gebietsansprüche auf das Territorium von Alliierten, nämlich das unter dänischer Hoheit stehende Grönland sowie auf Kanada. Schließlich stellte Vize-Präsident JD Vance auf der Münchner Sicherheitskonferenz die gemeinsame Wertegemeinschaft und damit die politische Grundlage der NATO infrage.

Mit ihrem Rückzug aus internationalen Regimen legen die USA die Axt an den globalen Multilateralismus und die Lösung von Zukunftsproblemen. Die Möglichkeit besteht, dass die EU ebenso wie aufstrebende Länder des Globalen Südens die Entwicklungen bei aller Kritik als Gelegenheit begreifen, das eigene Engagement zu verstärken und so größeren Einfluss als bisher zu erlangen. Andererseits steht zu befürchten, dass sich nationalistische oder populistische Regierungen den Trumpismus zum Vorbild nehmen und sich aus den Verpflichtungen multilateraler Institutionen verabschieden. Das Ergebnis wäre ein Multilateralismus à la carte, bei dem sich Regierungen die Elemente heraussuchen, die ihnen nützlich erscheinen, ansonsten aber das System der Global Governance finanziell austrocknen.

Die unmittelbarste Gefahr für die Europäer ist die Infragestellung der NATO. Die Trump-Regierung betreibt eine bewusste Politik der Ansteckung, um ihr ideologisches Weltbild in Europa zu verbreiten. Diese Einmischung hat das Ziel, einen Keil in die nach wie vor mehrheitlich rechtsstaatlich und liberal geprägten politischen Systeme Europas zu treiben und die gemeinsame Handlungsfähigkeit zu untergraben. Das wirft nicht nur militärische Fragen der Verteidigungs- und Abschreckungsfähigkeit auf, sondern erfordert eine Grundsatzdebatte, wie sich der Glaubwürdigkeitsverlust von US-Garantien auf die politischen Strategien gegenüber Russland und China auswirkt.

Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, eine innereuropäische Interessenkoalition zustande zu bringen, die einen schrittweisen Umbau des transatlantischen in ein europäisches Sicherheitssystem vorantreibt. Dabei geht es für die europäischen Allianzpartner nicht nur darum, ihre Verteidigungsfähigkeit zu erhöhen. Vielmehr müssen sie die Strategien gegenüber Russland und China sowie Partnerstaaten im Globalen Süden neu ausrichten.

VERACHTUNG DES RECHTS

Präsident Trump und die MAGA-Bewegung betrachten das Recht nicht als übergeordnete Norm, sondern als Instrument der Macht, das nach Belieben genutzt oder missachtet werden kann, um das Projekt des radikalen Konservatismus zu befördern. Das kommt nicht nur bei der Begnadigung der Angreifer:innen auf das Kapitol am 6. Januar 2021 zum Ausdruck, sondern auch bei der Strafverfolgung von Jurist:innen, die an den Gerichtsverfahren gegen Trump beteiligt waren.

Auch die Auseinandersetzung über die Rechtmäßigkeit präsidentieller Erlasse ist aufschlussreich. Bereits kurz nach Amtsantritt von Donald Trump wurden zahlreiche Verfügungen (executive orders) durch Bundesgerichte zumindest vorübergehend blockiert oder eingeschränkt. Ein Dekret, das die Aussetzung von Fördermitteln im Bereich Klimaschutz und Gender-Forschung veranlasste, stuften gleich mehrere Bundesgerichte als rechtswidrig ein. Daraufhin teilte der US-Vizepräsident JD Vance auf X (ehemals Twitter) mit, dass Gerichte seiner Ansicht nach keine Befugnis hätten, die weitreichende Exekutivgewalt des Präsidenten zu beschneiden. Ähnlich äußerte sich Trump selbst: Die gerichtliche Anordnung, wonach ein Bundesrichter dem von Elon Musk geführten Department of Government Efficiency (DOGE) den Zugang zu sensiblem Material des US-Finanzministeriums verwehrt hatte, sei eine Schande (disgrace). Die Missachtung und verbale Delegitimierung gerichtlicher Anordnungen untergräbt nicht nur die Autorität des Rechts, sondern könnte sich zu einer veritablen Verfassungskrise entwickeln.

Dass eine solche Krise durchaus im Sinne Trumps entschieden werden könnte, liegt an der politischen Einflussnahme auf den Obersten Gerichtshof (US Supreme Court): Sechs von neun Richter:innen des US Supreme Court gehören dem republikanischen Lager an, und Donald Trump hat drei von ihnen selbst ernannt. Im Juli 2024 entschied der Supreme Court, dass der Präsident absolute Immunität für Handlungen genießt, die er im Rahmen seiner verfassungsmäßigen Befugnisse begangen hat, auch wenn diese Handlungen im Widerspruch zu US-amerikanischem Recht stehen. Durch die Besetzung des Gerichts kann nicht ausgeschlossen werden, dass in Zukunft die weitreichenden Exekutivbefugnisse des Präsidenten bestätigt und damit das verfassungsrechtlich verankerte Prinzip der Gewaltenteilung zugunsten der Exekutive weiter ausgehöhlt wird.

Donald Trump unterminiert nicht nur Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Auch sein Umgang mit dem Völkerrecht und den Menschenrechten ist besorgniserregend. Zahlreiche seiner Äußerungen stehen im Widerspruch zu geltendem Recht. So hat Trump den Einsatz militärischer Gewalt zur Erlangung der Kontrolle über Grönland und den Panamakanal nicht ausgeschlossen. Bereits die Androhung von Waffengewalt stellt aber einen Verstoß gegen das in Artikel 2.4 der VN-Charta verbriefte Gewaltverbot dar. Wie ernst die Äußerungen zu nehmen sind, die USA würden „so oder so Grönland bekommen“, ist schwer zu sagen. Achtung vor dem Völkerrecht drücken sie jedenfalls nicht aus.

Auch den Angriff Russlands auf die Ukraine scheint Trump eher als lässliche Sünde anzusehen, denn als gravierenden Völkerrechtsverstoß. Die Bezeichnung des gewählten ukrainischen Präsidenten als „Diktator“ und die Bezichtigung der Ukraine, den Krieg begonnen zu haben, zeigen ein Rechtsverständnis, das je nach politischem Interesse gebeugt werden kann. Nur so lassen sich Trumps Vorschläge zur Zukunft des Gaza-Streifens und Palästinas verstehen. Der Plan, vorübergehend die Kontrolle über den Gaza-Streifen zu übernehmen und die palästinensische Bevölkerung – vorübergehend oder endgültig – umzusiedeln beziehungsweise de facto zu vertreiben, wäre jedenfalls ein eklatanter Verstoß gegen das Völkerrecht.

Darüber hinaus delegitimiert Trump systematisch die internationale Gerichtsbarkeit, allen voran den Internationalen Strafgerichtshof → **2**. Nachdem dieser einen Haftbefehl gegen den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu sowie den ehemaligen israelischen Verteidigungsminister Yoav Gallant erlassen hatte, verhängte Trump per Dekret „Sanktionen" gegen Mitarbeiter:innen des Gerichts. Dazu zählen die Sperrung von Eigentum und Vermögenswerten in den USA und Einreiseverbote.

Dass die Achtung der internationalen Gerichtsbarkeit auch in Europa nicht durchgängig hoch ist, ist kein Geheimnis. Kritiker:innen des Internationalen Strafgerichtshofs könnten sich durch Trump bestärkt fühlen und die Staatsräson über internationales Recht stellen. Insbesondere populistische Bewegungen könnten sich Trump zum Vorbild nehmen und, sobald sie in Regierungsverantwortung gelangen, rechtsstaatliche Prinzipien missachten und die Unabhängigkeit der Justiz einschränken. Hohe institutionelle Hürden sind eine naheliegende Maßnahme, um den Rechtsstaat zu schützen.

AUTORITÄRER STAATSUMBAU

Das Trump-Regime verfolgt innenpolitisch einen konsequent autoritären Kurs: In beispielloser Geschwindigkeit baut es den amerikanischen Staatsapparat um und zerstört dabei das demokratische politische System der USA. Bereits seit Februar 2025 gelten die USA in der Bewertung des anerkannten Polity-Projekts nicht mehr als Demokratie (→ Polity 5 Project 2025). Dieser Staatsumbau sollte nicht als die Umsetzung eines libertären politischen Programms missverstanden werden, das in der Freiheit der Einzelnen den größten politischen Wert sieht und den Staat dafür maximal einhegt. Vielmehr handelt es sich im Kern um eine Autokratisierung. Sie folgt einem seit Jahren weltweit dominierenden Trend, der auf den Abbau demokratischer Institutionen zielt und mit der zunehmenden Missachtung freiheitlicher Werte und Verfahren einhergeht. Ziel ist, die gesamte Macht in den Händen des Präsidenten zu konzentrieren und dadurch private Vorteile und Gewinne zu maximieren. Für solch einen Putsch der Exekutive (executive coup) spricht, dass die aktuelle Agenda der Trump-Administration ungeachtet aller Effizienz-Rhetorik in erheblichem Maße den persönlichen und politischen Präferenzen des Präsidenten entspricht.

Trumps Machtübernahme: ein Putsch der Exekutive

Diese Entwicklung impliziert nicht unbedingt, dass die USA in den kommenden Jahren freie Wahlen abschaffen oder die Verfassung außer Kraft setzen werden – auch wenn beides nicht ausgeschlossen werden kann. Stattdessen erwarten Experten eine Systemtransformation von innen, bei der das demokratische System nicht durch eine konkurrierende Ideologie ersetzt, sondern so manipuliert wird, dass autoritäre Ziele verfolgt werden können (→ Levitsky/Way 2001; 2025). Demokratische Basisinstitutionen würden nicht abgeschafft und es gäbe weiterhin politischen Wettbewerb. Aber die Kosten öffentlicher Opposition würden drastisch erhöht: Die Steuerbehörde könnte Geldgeber der Demokraten ins Visier nehmen und Unternehmen, die Bürgerrechtsgruppen finanzieren, verschärften Prüfungen unterziehen. Studierenden, die sich kritisch äußern, könnte die

finanzielle Unterstützung gekappt werden. Kritische Medien müssten mit Verleumdungsklagen oder Vergeltungsmaßnahmen gegen ihre Muttergesellschaften rechnen. Die Versuche des neu gegründeten Department of Government Efficiency (DOGE) unter der Kontrolle von Elon Musk, Zugriff auf Zahlungsdaten des Finanzministeriums und Steuerdaten des Internal Revenue Service (IRS) zu erhalten, sind zwar zunächst auf Widerstand gestoßen, aber es zeichnet sich ab, dass die Befürchtungen sich schnell bewahrheiten könnten.

Zwei Mechanismen dieser autoritären Machtübernahme sind besonders augenfällig: Die Trump-Regierung zerstört und instrumentalisiert den Staatsapparat (weaponization), indem sie Dutzende Spitzenbeamt:innen in Ministerien und unabhängigen Behörden entlässt und durch Gefolgsleute ersetzt. Und sie setzt auf das oben beschriebene „Durchregieren“ mittels einer Welle von Präsidialdekreten. Die Ersetzung professioneller Beamt:innen durch Loyalist:innen in wichtigen öffentlichen Institutionen, insbesondere in solchen, die für die Untersuchung und Verfolgung von Missständen, die Schlichtung von Streitigkeiten oder die Regulierung des Wirtschaftslebens zuständig sind, ist zentral. Trumps erklärtes Ziel ist es, den Staatsapparat deutlich zu verkleinern, seine Kosten zu reduzieren und ihn gleichzeitig auf Linie zu bringen. Schon jetzt werden Spitzenpositionen in wichtigen Behörden wie dem Justizministerium, der Ermittlungsbehörde FBI (Federal Bureau of Investigation) oder der Steuerbehörde IRS weniger nach Qualifikation als nach bedingungsloser Loyalität zu Trump besetzt. Die Unabhängigkeit dieser Behörden wird eingeschränkt, ihre Vorgehensweise dereguliert. Das lässt erwarten, dass die Regierungsbürokratie zunehmend zu einer Waffe gegen Trumps politische Gegner wird. Neben der Reduzierung der Staatsausgaben besteht ein wesentliches Element dieser Strategie darin, bundesstaatliche Regulierungen zu vermindern oder gleich ganz abzubauen, sei es im Bereich der Finanzdienstleistungen, der Energie oder der Gesundheit. Dabei sollen alle Regulierungen auf den Prüfstand gestellt werden, die die Unternehmen oder die technologische Entwicklung behindern. Das gilt besonders für die Bereiche fossile Energie, Künstliche Intelligenz und Big Data. Generell stehen jene Regulierungen im Fokus, die nicht den Prioritäten der Trump Administration entsprechen. Dabei wird immer deutlicher, dass die Vereinnahmung staatlicher Institutionen im Namen der Korruptionsbekämpfung tatsächlich der Korruption dient. Bestimmte Interessensgruppen, die die Kontrolle über politische Institutionen übernehmen, werden begünstigt – nicht, um öffentlichen Interessen zu dienen, sondern um einen privaten, oft ökonomischen Vorteil zu erzielen (→ Dávid-Barrett 2023).

Konservative, rechtspopulistische und autoritäre Regierungen, Parteien und Bewegungen arbeiten auf globaler Ebene immer häufiger zusammen

Die hier skizzierten Entwicklungen können verheerende Folgen für die demokratischen Staaten Europas haben. In der Forschung wurde lange angenommen, dass autoritäre Staaten insgesamt weniger kooperieren als demokratische. Von ihnen sollten daher auch weniger Ansteckungseffekte auf andere Staaten ausgehen. Gegenwärtig beobachten wir jedoch eine deutliche Zunahme autoritärer Kooperation, nicht zuletzt zwischen Russland und den USA. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich ein loses, aber sehr aktives Netzwerk aus konservativen, rechtspopulistischen und autoritären Regierungen,

rechten und rechtsextremen Parteien, religiösen Akteuren und zivilgesellschaftlichen Organisationen wie etwa dem World Congress of Families gebildet, das global vernetzt eine autoritäre Agenda vorantreibt (→ Cupać/Ebetürk 2020). Insgesamt gibt es immer mehr Anzeichen dafür, dass autoritäre Regime sowohl über informelleKanäle als auch über formale Organisationen international langfristig zusammenarbeiten, um demokratische Institutionen weiter auszuhöhlen und ihre eigene Herrschaft zu festigen. Sollte sich die Trump-Regierung weiterhin so massiv in europäische politische Angelegenheiten wie die deutschen Wahlen im Februar 2025 einmischen, könnte dies gefährliche Folgen auch für die Demokratien Europas haben.

Wie können ähnliche Entwicklungen in Europa verhindert werden? Ein zentraler Hebel ist, die digitale Souveränität Europas – auch durch rechtliche Vorgaben (Digital Service Act) – deutlich zu stärken und gegen autoritäre Einflussnahme durch Desinformation, Manipulation oder Datenabfluss resistent zu machen. Dies erfordert den zügigen Ausbau einer in Europa entwickelten digitalen Infrastruktur, damit europäische soziale Kommunikationsplattformen als Alternative zu amerikanischen und chinesischen Anwendungen zur Verfügung stehen. Ein zweiter Hebel ist die Rückbesinnung auf grundlegende Erkenntnisse über demokratische Resilienz: „Organizing“, also die Fähigkeit, Menschen auf ganz unterschiedlichen Ebenen des politischen Systems – von Nachbarschaftsorganisationen bis zu Abgeordneten – für liberale, demokratische und progressive Zwecke zu gewinnen, wird zu einer zentralen Kompetenz. Aus der Geschichte zahlreicher gewaltfreier Protest- und Widerstandsbewegungen wissen wir zudem, unter welchen Bedingungen diese erfolgreich sein können (→ Chenoweth 2021). Dieses Wissen und diese Techniken gilt es heute auch in Europa wieder zu entdecken und für eine neue Gegenwart nutzbar zu machen – gerade angesichts politischer Bestrebungen, die Demokratie auch hier bei uns auszuhöhlen.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Deutschland und Europa sind durch den autoritären Staatsumbau in den USA bedroht. Um eine ähnliche Entwicklung wie in den USA in Europa zu verhindern und die internationalen Auswirkungen zu begrenzen, muss die moralische Empörung in politisches Handeln übergehen. Politik und Zivilgesellschaft müssen der Gefahr der „autoritären Ansteckung“ wirkungsvoll entgegentreten.

Sich gegen direkte Beeinflussung zur Wehr zu setzen, erfordert, die eigenen liberalen Werte zu verteidigen, sich Wahlbeeinflussung entgegenzustellen und Desinformation zu bekämpfen. Dafür müssen die digitale Souveränität gestärkt und eine europäische Plattform für digitale Kommunikation und Infrastruktur entwickelt werden. Im Bereich der Außenpolitik heißt das, deutlich – und deutlicher als bislang – den Ambitionen und Drohungen des Trump-Regimes entgegenzutreten, wenn es um angekündigte Normverletzungen geht, wie etwa NATO-Mitglieder militärisch oder politisch zur Preisgabe von Souveränität oder Territorium zu zwingen oder Bevölkerungsgruppen zwangsweise umzusiedeln.

Auch die indirekte Beeinflussung durch Nachahmungseffekte stellt eine Gefahr dar. Desinformation und Verschwörungserzählungen bedrohen auch politische Prozesse bei uns. Deswegen ist die Förderung einer freien Presse, eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks, einer vielfältigen, lebendigen Zivilgesellschaft und der Freiheit der Wissenschaft nicht nur „schön zu haben“, sondern eine Lebensbedingung liberaler Gesellschaften. Schon der Anschein von politischer Einflussnahme oder Gängelung sollte vermieden und stattdessen die offene, kritische Auseinandersetzung über politische und gesellschaftliche Fragen gefördert werden.

Außen- und sicherheitspolitisch ist entscheidend, ein Gegenprojekt zum institutionellen Kahlschlag des Trump-Regimes zu entwickeln. Dieses sollte nicht allein auf die Erhöhung der europäischen Verteidigungsfähigkeit zielen, sondern auch auf die Verteidigung und den Ausbau der regelbasierten Ordnung. Das wiederum erfordert, einerseits verstärkt mit gleichgesinnten Demokratien, andererseits aber auch mit Staaten zusammenzuarbeiten, die nicht die gleichen Werte, aber das gleiche Interesse an starken Global Governance Organisationen teilen.

Autor:innen

Prof. Dr. Christopher Daase
PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung

Prof. Dr. Tobias Debiel
INEF – Institut für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Nicole Deitelhoff
PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung

Dr. Elisabeth Hoffberger-Pippan
PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung

PD Dr. Martin Kahl
IFSH – Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg

Dr. Patricia Rinck
Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Ursula Schröder
IFSH – Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg

Prof. Dr. Johannes Vüllers
Universität Duisburg-Essen

Quellenverzeichnis

Abrahamsen, Rita/Drolet, Jean-François/Williams, Michael C. et al. 2024: A Diverse and Global Right. In: World of the Right: Radical Conservatism and Global Order. Cambridge, 1–33.

Charles, Sarah 2025: USAID's Foreign Aid Comes from US Farms. Now $450 Million of Food Is Left to Rot, in: USA Today, 13.02.2025, https://eu.usatoday.com/story/opinion/voices/2025/02/13/musk-gutting-usaid-american-farms-businesses/78382724007/; 22.04.2025.

Chenoweth, Erica 2021: Civil Resistance. What Everyone Needs to Know, Oxford.

Council on Foreign Relations 2025: Funding the United Nations: How Much Does the U.S. Pay?, in: https://www.cfr.org/article/funding-united-nations-what-impact-do-us-contributions-have-un-agencies-and-programs; 11.04.2025.

Cupać, Jelena/Ebetürk, Irem 2020: The Personal is Global Political: The Antifeminist Backlash in the United Nations, in: The British Journal of Politics and International Relations 22:4, 702–714.

Dávid-Barrett, Elizabeth 2023: State Capture and Development: A Conceptual Framework, in: Journal of International Relations and Development 26:2, 224–244. DOI: https://doi.org/10.1057/s41268-023-00290-6.

Dietze, Gabriele/Roth, Julia 2020: Right-Wing Populism and Gender: A Preliminary Cartography of an Emergent Field of Research, in: Dietze, Gabriele/Roth, Julia (Hrsg.): Right-Wing Populism and Gender, Bielefeld, 7–22.

Dozier, Kimberly/Hennigan, W. J. 2020: Donald Trump Promised to End the 'Forever Wars.' Instead, He's Leaving Thousands of Troops and Allies Behind, in: TIME, https://time.com/5912938/trump-afghanistan-iraq-troop-reduction/; 11.04.2025.

Duenas, Nelson 2025: Trump's Push to Shut Down USAID Shows how International Development Is Also About Strategic Interests, in: Canadian Accountant, 09.02.2025, https://www.canadian-accountant.com/content/thought-leaders/usaid-strategic-interests; 22.04.2025.

Erb, Georg/Sommers, Sarah 2020: Still Losing Ground: The Consequences of the Trump Administration's Bilateral Trade Policy, in: Washington International Trade Association (WITA), https://www.wita.org/blogs/losing-ground-trump-administrations-bilateral-trade/; 11.04.2025.

Hanson, Stephen E./Kopstein, Jeffrey S. 2024: The Assault on the State: How the Global Attack on Modern Government Endangers Our Future, Hoboken NJ.

Heino, Brett 2020: A Modern Day Caesar? Donald Trump and American Caesarism, in: Journal of Historical Sociology 33:3, 297–315.

Levitsky, Steven/Way, Lucan A. 2001: Competitive Authoritarianism. Hybrid Regimes after the Cold War, Cambridge.

Levitsky, Steven/Way, Lucan A. 2025: The Path to American Authoritarianism – What Comes After Democratic Breakdown, in: Foreign Affairs; März/April 2025.

Norris, Pippa/Inglehart, Ronald 2019: Cultural Backlash: Trump, Brexit and Authoritarian Populism, Cambridge.

OECD 2025: Official Development Assistance (ODA), in: https://www.oecd.org/en/topics/official-development-assistance-oda.html?oecdcontrol-c66a7d8548-var1=20009; 22.04.2025.

Polity 5 Project 2025: US Regime Narrative, in: https://www.systemicpeace.org/polity/P5UnitedStates2025.pdf; 11.04.2025.

Sanders, Robert/Jenkins, Laura D. 2023: Patriarchal Populism: The Conservative Political Action Coalition (CPAC) and the Transnational Politics of Authoritarian Anti-Feminism, in: The International Spectator 58:3, 1–19.

Strobl, Natascha 2021: Radikalisierter Konservatismus. Eine Analyse. Berlin.

Sunstein, Cass R. 2025: This Theory is Behind Trump's Power Grab, in: New York Times; 26. 02.2025.

Tandon, Vishnu 2024: Reflecting on the Impact of the USMCA, in: Weekly Economic Commentary, Northern Trust, in: https://www.northerntrust.com/europe/insights-research/2024/weekly-economic-commentary/reflecting-on-the-impact-of-the-usmca; 11.04.2025.

UN Climate Change 2024: COP29 UN Climate Conference Agrees to Triple Finance to Developing Countries, Protecting Lives and Livelihoods, in: https://unfccc.int/news/cop29-un-climate-conference-agrees-to-triple-finance-to-developing-countries-protecting-lives-and; 22.04.2025.

UN News 2025: Guterres calls on US to exempt development and humanitarian funds from aid 'pause', 27.01.2025, in: https://news.un.org/en/story/2025/01/1159486; 21.04.2025.

World Health Organization 2025: Contributors, in: https://open.who.int/2022-23/contributors/top25; 21.04.2025.